

nen oder 18% mehr als 1985. 1987 seien es schätzungsweise 22 Millionen gewesen, und 1988 werde die Zahl der Geburten noch weiter ansteigen. Der gegenwärtige Bevölkerungsboom werde bis 1995 anhalten und sich erst danach abschwächen. Ab 1998 werde die Bevölkerung dann schneller abnehmen (RMRB, 16.2.88).

Unter diesen Umständen sollen die zuständigen Stellen trotz aller Schwierigkeiten, auf die die offizielle Familienplanungspolitik in der Bevölkerung stößt, verstärkte Anstrengungen unternehmen, die strikte Geburtenplanung durchzusetzen. In diesem Zusammenhang verwies Wu Cangping auf folgende Maßnahmen: Propagierung des Ehegesetzes, der Spätheirat und Spätgeburten, das Verbot früher Ehen und Geburten, Verbot unehelicher Geburten und die Notwendigkeit, alle Geburten zu planen; Beibehaltung der Ein-Kind-Ehe; Verstärkung der Erziehungsarbeit, insbesondere auf ideologischem Gebiet, unter Betonung des Zusammenhangs zwischen Familienplanung und Lebensstandard, Bildungs- und Gesundheitswesen, Stellung der Frau usw. (RMRB, 8.2.88).

Der Sprecher der Kommission für Familienplanung setzte sich vor allem mit dem Problem auseinander, wie die Planung der Geburten konkret zu verbessern sei. Er verkündete die landesweite Einführung des Systems der vertraglichen Verpflichtung zur Geburtenplanung. Darüber hinaus soll die Geburtenplanung zum Gegenstand der Überprüfung der Leistungen der Führungskader auf jeder Verwaltungsebene gemacht werden. Die Basisorganisationen sollen mit den Frauen im entsprechenden Alter einen Geburtenregelungsvertrag schließen, für dessen Einhaltung die Gesellschaft die Garantie übernimmt. Der Anteil der Ein-Kind-Familien ist zu erhöhen und die Politik, auf dem Lande unter besonderen Bedingungen ein zweites Kind zu erlauben, besser in den Griff zu bekommen. Auf dem Lande sollen Vereinigungen zur Geburtenplanung und sog. "Kernhaushalte" Aufklärungsarbeit leisten; dabei soll die Betonung auf der Verhütung liegen und die Zahl der Abtreibungen verringert werden. Die Qualität der Verhütungsmittel soll verbessert und auf der Mittelschule soll Bevölkerungserziehung eingeführt werden.

Beginnend mit dem 1. Juli dieses Jahres soll nach Mitteilung des Pressesprechers der Staatlichen Kommission für Familienplanung eine Stichprobenuntersuchung der Bevölkerung beginnen, die Auskunft geben soll über die Zahl der Geburten, die natürliche Zuwachsrate, Bevölkerungsbewegungen sowie den Einfluß wirtschaftlicher Faktoren und des Bildungsniveaus auf die Geburtenrate. (RMRB, 16.2.88)

Die Methode, die Geburtenkontrolle über das Verantwortlichkeitssystem in den Griff zu bekommen, wird schon seit einigen Jahren angewandt, hat aber auf dem Lande bisher zu keinem durchgreifenden Erfolg geführt. Daß die verantwortlichen Kader zur Rechenschaft gezogen werden sollen, kann auch den Effekt haben, ihre Anfälligkeit für Bestechung auf diesem Gebiet zu erhöhen. -st-

Außenwirtschaft

*(27)

Stand der chinesisch-ausländischen Gemeinschaftsunternehmen

Bis Ende 1987 hat die VR China 4.793 Joint Ventures genehmigt, deren Kapital sich auf 12,1 Mrd. US\$ belief. 3 Mrd. sind bereits eingebracht. Drei Arten von Auslandsengagements werden heutzutage unterschieden, nämlich Equity Joint Ventures, wie sie nach dem Gesetz vom Juli 1979 geregelt sind, zweitens Contractual Joint Ventures mit freier Gestaltung der Modalitäten und drittens Unternehmen, die ausschließlich in ausländischem Eigentum stehen und von Ausländern geleitet werden.

Am 11. Januar 1988 wurde bei der 24. Sitzung des Ständigen Ausschusses des VI. NVK ein neuer Gesetzesentwurf eingebracht, der noch weitere Fragen im Bereich von chinesisch-ausländischen Gemeinschaftsunternehmen regeln soll, so z.B. den Transfer von Investitionen, die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften, Devisenbilanzierungsfragen, die Überweisung von Gewinnen ausländischer Partner sowie die Frage von Vertragsverlängerungen (XNA, 11.1.88). -we-

*(28)

Chinesische Auslandsinvestitionen sollen erhöht werden

Die Volksrepublik China will die Auslandsinvestitionen beträchtlich erhöhen. Wie die Zeitung *Jingji Ribao* am 1.3.1988 berichtete, verhandelt die Volksrepublik mit der Sowjetunion und osteuropäischen Staaten sowie mit Ländern, zu denen die Volksrepublik China keine diplomatischen Beziehungen unterhält. Die Investitionen seien für einen verstärkten Einstieg Chinas in die Weltwirtschaft nötig. 1987 habe das Land 124 Firmen im Ausland gegründet. An deren Kapital in Höhe von insgesamt 1,3 Mrd. US\$ sei die Volksrepublik mit 350 Mio. US\$ beteiligt.

Fast 90% dieser Investitionen seien in Entwicklungsländern getätigt worden, darunter Wohnungs- und Brückenbauprojekte in Nahost und Nordafrika. Dieser Trend, der wohl noch einige Jahre anhalten werde, spiegele Chinas niedriges technologisches Niveau wider. Die Kapitalanlagen im Ausland würden benötigt, um Devisen ins Land zu bringen. Damit könnten Güter und Rohstoffe importiert und der Stand der Technologie und Ausbildung verbessert werden. 1979 habe China mit Investitionen im Ausland begonnen und bis Ende 1987 seien 385 Auslandsfirmen gegründet worden.

Ebenfalls wurde die Bedeutung der Auslandsinvestitionen für die Öffnung Chinas betont. Der Generalsekretär der Kommunistischen Partei, Zhao Ziyang, hat dieses seit Januar 1988 mehrmals hervorgehoben. Seiner Ansicht nach sollten insbesondere die Küstenregionen, in denen rd. 200 Millionen Chinesen leben, eine größere Rolle in der Weltwirtschaft spielen. China selbst habe nicht genug Geld, um diese Regionen zu modernisieren (vgl. auch C.a., Jan. 1988, S.20). Deshalb müsse durch das Angebot billiger Arbeitskräfte Kapital von außen angezogen werden. Taiwan, Südkorea und Singapur hätten die arbeitsintensiven Industrien aufgeben. China könne diese Lücke füllen und könne es sich nicht erlauben, diese Chance zu verpassen. (*Jingji Ribao*, 1.3.88) -lou-

***(29)
Wettlauf der chinesischen Provinzen um ausländische Kooperationspartner geht weiter**

Während die vier Sonderwirtschaftszonen noch weitgehend übereinstimmende untereinander angegliche Investitions- und Arbeitsbedingungen für ausländische Partner anbieten, hat die Proliferation der offenen Wirtschaftsräume verschiedener Art zu einer verschärften Konkurrenz der Entwicklungsgebiete untereinander um die Anziehung ausländischer Kooperationspartner geführt.

Dieser Wettbewerb wurde umso ausgeprägter, je weniger das ausländische Kooperationspotential in wirtschaftlicher, finanzieller und technologischer Hinsicht mit der überproportionalen aus allen Himmelsrichtungen zunehmenden Nachfrage Schritt halten konnte. Im Verlauf dieses Prozesses versuchen gegenwärtig verschiedene chinesische Wirtschaftsräume, sich bei der Gewährung von Anreizen, Vorzugsbedingungen und allgemeinen Voraussetzungen für ausländische Wirtschaftstätigkeit in ihren jeweiligen Bezirken zu überbieten, auch wenn die Differenzen sich meist innerhalb der vom Staat gezogenen Grenzen halten.

Auch aus der Provinzhauptstadt Nanchang hat kürzlich auch Jianxi auf der Grundlage der national verbindlichen Rahmenvorschriften seine eigenen Vorzugsbedingungen für ausländische Investoren bekanntgegeben. Die Provinzbestimmungen sind mit Wirkung vom 1.1.1988 in Kraft und betreffen im einzelnen die im folgenden genannten Gebiete.

Auf dem Sektor der Unternehmensautonomie wird auslandsfinanzierten Gründungen die volle Zuständigkeit in Fragen von Personalpolitik, Eigentum, Maschinenpark, Materialwirtschaft, Produktsortiment, Einkauf und Marketing zugesichert. Neben verbesserten Wohnungs- und anderen Lebensbedingungen soll dem in der Provinz tätigen ausländischen Personal erlaubt werden, das in China anfallende Gehalt und andere rechtmäßige Einkünfte nach Abzug von Steuern und Lebenshaltungsausgaben ins Ausland zu transferieren.

Die Grundstückspachtgebühren für Auslandsgründungen sollen mit einem verhältnismäßig niedrigem Satz festgelegt werden. Pionierun-

ternehmen, die große Gebiete staatlichen Ödlandes oder staatlicher Gewässer erschließen, können für eine Dauer von zehn Jahren in den Genuß der Befreiung von Pachtzinsen kommen. Danach kann die Nutzungsgebühr zu einer Vorzugsrate umgewandelt werden.

Bei der Belieferung mit Ausrüstungen und Material sollen Auslandsinvestitionen Priorität genießen. Technologisch hochentwickelte und exportorientierte Betriebe sowie andere, insbesondere in der Land-, Forst-, Fisch- und Viehwirtschaft tätige Gründungen sollen bei der Versorgung mit Wasser, Strom und Gas höchste Priorität erhalten.

Diese Unternehmen sind im Falle einer vertraglich vereinbarten Kooperationsdauer von zehn und mehr Jahren für die ersten fünf Gewinnjahre von der lokalen Einkommenssteuer befreit. Für die anschließenden fünf Jahre kommen sie in den Genuß eines um 50% reduzierten Steuersatzes.

Mit Ausnahme derjenigen Produkte, für die staatliche Vorschriften maßgeblich sind, werden die von auslandsfinanzierten Investitionen exportierten Erzeugnisse von der konsolidierten Industrie- und Handelssteuer befreit. Bei entsprechender Prüfung und Genehmigung durch die zuständigen Stellen können exportorientierte und technologisch hochentwickelte Unternehmen sowie landwirtschaftliche Investitionen von der Grundsteuer, Kfz-Steuer und der Lizenzierungsgebühr für Schiffe auf die Dauer von fünf Jahren ausgenommen werden. Um den autonom erlassenen Vorschriften auch Substanz zu verleihen, hat die Provinzregierung beschlossen, neben der Freigabe umfänglicher Ödland-, Weide- und Wasserräume auch mehr als 20 Projekte auf dem Gebiet der Erschließung mineralischer Ressourcen für ausländische Investoren zu öffnen. (NfA, 5.2.88) -lou-

***(30)
Wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit mit osteuropäischen Ländern soll ausgebaut werden**

Die Volksrepublik plant, mehr Verbindungen zu den osteuropäischen Ländern auf den Gebieten Wissenschaft und Technik aufzubauen. Austausch seien bereits geplant, und mehr Verträge würden zwischen China und Osteuropa un-

terzeichnet. Der Vorsitzende der Zentralen Kommission für Wissenschaft und Technik wird Rumänien, Jugoslawien und Bulgarien im Mai 1988 besuchen. Das Ziel des 10tägigen Besuches sei es, so verlautete aus der Kommission, das gegenseitige Verständnis zu vertiefen und die Zusammenarbeit in Wissenschaft und Technik zu fördern. China werde in diesem Jahr verschiedene Großveranstaltungen mit diesem Ziel durchführen. Ein Tag der polnischen bzw. sowjetischen Wissenschaft und Technik sei zusammen mit anderen ähnlichen Aktivitäten im Ausland im nächsten Jahr geplant.

Der Tag der sowjetischen Wissenschaft und Technik werde der größte sein, der je in der Volksrepublik veranstaltet wurde. Er werde neun Abteilungen innerhalb des Ministeriums miteinschließen und ca. 200 Spitzenwissenschaftler der Sowjetunion betreffen. Wie weiter aus der Zentralen Kommission für Wissenschaft und Technik bekannt wurde, werde im März 1988 ein zweites Treffen in Moskau abgehalten werden, an dem chinesische Beamte teilnehmen werden. Die Kommission habe ein langfristiges Programm zur Förderung der Zusammenarbeit. Seit 1986 sei es mit der CSSR, Bulgarien, Polen und der DDR gelaufen. Zu einem späteren Zeitpunkt in diesem Jahr werde sie ein ähnliches Programm mit Jugoslawien unterzeichnen.

Weiter hieß es, in diesem Jahr würden die osteuropäischen Länder an 29 Projekten in Chinas Programm für die Entwicklung auf dem Lande teilnehmen. Mehr spezielle Delegationen reisten nun nach China, um sich mit Wissenschaft und Technik zu befassen. Drei Spitzenbeamte aus Bulgarien, der DDR und Polen hätten 1987 die Volksrepublik besucht. Es sei das erste Mal, daß die Kommission drei solche Spitzendelegationen innerhalb eines Jahres empfangen habe.

Darüber hinaus hätten sieben reguläre Treffen stattgefunden, 16 Dokumente und Vereinbarungen seien unterzeichnet worden. Sie umfaßten mehr als 400 Kooperationsprojekte in der Textil-, metallurgischen und Maschinenindustrie. China habe mehr als 30 langfristige Schlüsselprojekte mit der DDR unterzeichnet. (Radio Beijing, 24.2.88) -lou-

***(31)
China ist inzwischen der fünfgrößte Schiffsexporteur der Welt**

Die der staatlichen Chinesischen Schiffbaugesellschaft unterstehenden Werften haben i.J. 1987 Exportverträge über eine Gesamttonnage von 335.000 t sowie über ein Handelsvolumen von 305 Mio. US\$ unterzeichnet. Unter den Einheiten befinden sich technisch anspruchsvolle Produkte, wie z.B. ein Riesenkühlschiff, das von der Shanghaier Werft gebaut werden soll, und ein Kühlcontainerschiff mit einer Ladekapazität von 2.700 Containern, das von der Hudong für die Bundesrepublik Deutschland gebaut werden soll. China lieferte ferner einen 62.000 t schweren Öltanker für Chile, ein 16.500 t schweres vielseitig verwendbares Containerschiff für Bangladesh, einen 64.000 t schweren Öltanker für Hongkong.

Außerdem schloß die Chinesische Schiffbaugesellschaft Verträge über den Bau von drei Bohrplattformen und zwei Ölförderplattformen ab. 1986 exportierte China Schiffe mit einem Gesamteigengewicht von 275.200 t - 76% mehr als 1986. Damit rückte das Land zum fünfgrößten Schiffsexporteur der Welt auf (XNA, 7.2.88). -we-

***(32)
Chinesische Anstrengungen zur Konsolidierung des Wolframmarktes**

Die Volksrepublik ist nun dabei, ihre Wolframexporte zu begrenzen. Dies soll dazu dienen, die Wolframlager im Ausland abzubauen und den Weltmarktpreis in die Höhe zu treiben. Im Gefolge einer chaotischen Marktsituation, die zu einem scharfen Preisverfall führte, wurden in der Volksrepublik im Jahre 1987 rigorose Mindestpreise festgesetzt. Keine Exportverträge unterhalb dieser Mindestpreise werden genehmigt. Die Regierung bemüht sich auch, die Exportquantitäten zu kontrollieren.

In den frühen bis mittleren 1980er Jahren stieg der Preis dieses Metalls pro Tonneneinheit (10 kg) auf 140 US\$. Dann sank der Preis jedoch im Jahre 1986 auf zwischen 30 bis 35 US\$ pro Einheit. Danach trat eine Erholung ein, so daß der Preis nun zwischen 49 und 58 US\$ beträgt.

Mitte der 1980er Jahre hatte die chinesische Regierung ihre Politik der offenen Tür zum Westen eingeleitet. Die Märkte wurden dezentralisiert, und Handelsgesellschaften aus den Provinzen erhielten die Genehmigung, direkt zu exportieren. Obgleich Exportlizenzen vergeben wurden, war die Kontrolle uneffizient, da keine zentrale Organisation für die Überwachung von Preis und Menge der Wolframexporte mehr zuständig war.

Das Ergebnis war, daß sich die einzelnen chinesischen Exportunternehmen gegenseitig unterboten und die Preise drückten. Als Folge dessen nahm das Land insgesamt weniger Devisen ein.

Aufgrund des Überangebots an Wolfram wurde es in Hongkong zu niedrigeren Preisen als jenen verkauft, die in Beijing festgesetzt worden waren. Als der chinesische Wolframmarkt im Chaos versank, nahm auch die Nachfrage nach diesem Metall im Westen scharf ab. Wolfram wird vorwiegend als Legierungsmetall bei der Stahlproduktion benötigt.

Die Sowjetunion spielte auch eine Rolle beim Zusammenbruch des Marktes. Als einer der größten Konsumenten von Wolfram trieben Moskaus Käufe auf dem freien Markt die Preise hinauf. Vor zwei Jahren jedoch unterzeichneten Beijing und Moskau ein Handelsabkommen, das vorsah, daß auch Wolfram auf Regierungsbasis in den Barter-Handel aufgenommen wurde.

Der Wolframmarkt wurde auch durch Handelsspannungen zwischen der Volksrepublik und den USA beeinträchtigt. Als die Preise sanken, strengte die US-Regierung ein Antidumpingverfahren gegen die Chinesen an. Die amerikanischen Produzenten machten geltend, daß die amerikanischen Minen wegen der niedrigen chinesischen Preise geschlossen werden müßten. Die Amerikaner argumentierten, daß die chinesischen Exporte von Ammonium-Parawolframat von 9,6% des amerikanischen Wolframmarktes im Jahre 1985 auf 16,1% im Jahre 1986 und 28,6% im Jahre 1987 gestiegen seien.

Auch europäische Produzenten von hochgradigen Wolframprodukten drohen, ein Antidumpingverfahren gegen die Volksrepublik bei der Europäischen Kommission anzustrengen. Dennoch wollen die Eu-

ropäer eine konstruktive Brücke zwischen ihnen selbst und den Chinesen bauen. Dies ist das Hauptziel einer neuen Handelsvereinbarung, der International Tungsten Industry Association (ITIA).

Circa zwei Drittel der Unternehmen aus der Wolframindustrie sind Mitglieder der ITIA, darunter drei aus der Volksrepublik China. Die wichtigste chinesische Gruppe, Minmetals, muß jedoch noch überzeugt werden, beizutreten.

Die europäischen Produzenten bleiben skeptisch hinsichtlich der Möglichkeiten der chinesischen Behörden, die Wolframexporte unter Kontrolle zu halten. Die Industrie benötigt einen Preis von mindestens 75 US\$ pro Einheit, um einen moderaten Gewinn zu erzielen. Die Industrie war insbesondere besorgt über den Export von Ammonium-Parawolframat und Ferrowolframat durch die Chinesen zu außergewöhnlich niedrigen Preisen. (Financial Times, 11.2.88) -lou-

***(33)
Dritte Angebotsrunde zur Erschließung von Offshore-Öl**

Laut der China Offshore Petroleum Corporation (COPC) soll im Sommer 1988 die dritte Angebotsrunde für die Erschließung von Offshore-Öl stattfinden. Das Ausschreibungsgebiet erstreckt sich von Dongsha bis Shengu im Becken an der Mündung des Perl-Flusses am südchinesischen Meer und umfaßt noch weitere Areale, die eine vielversprechende Perspektive für die Ölerschließung bieten.

Die chinesische Regierung hat beschlossen, die geophysikalischen Daten über diese Gebiete zu verkaufen, um es den interessierten ausländischen Gesellschaften zu ermöglichen, rechtzeitig die Öl- und Gasvorkommen zu analysieren und abzuschätzen. Die Datenmaterialien über eine Fläche von 65.000 qkm sind von der COPC zwischen 1986 und 1987 zusammengestellt worden.

Bei der internationalen kooperativen Exploration des Ölfeldes Liu-hua 11-1 an der Mündung des Perl-Flusses im südchinesischen Meer wurde bei drei Bohrungen ein tiefer Ölsee entdeckt. Nach ersten Schätzungen können die Vorkommen hier fast 100 Mio.t erreichen. Geologen meinen, dieses Ge-

biet könne zum zentralen Ausgangspunkt für die zukünftige Ölschürfung im südchinesischen Meer werden.

Die zwei früheren internationalen Ausschreibungen für die Erschließung von Chinas Offshore-Öl waren 1982 und 1985 durchgeführt worden. Bisher sind 37 Ölverträge und drei Abkommen über geologische Exploration mit 45 ausländischen Gesellschaften aus 12 Ländern unterzeichnet worden. Bis Ende 1987 wurden seismologische Vermessungslinien mit einer Gesamtlänge von 25.700 km abgeschlossen, 150 Ölquellen wurden gebohrt und 31 öl- und gashaltige Strukturen entdeckt. Das Chengbei-Ölfeld im Bohai-Meer und das Ölfeld Wei 10-3 im südchinesischen Meer sind bereits in Betrieb genommen. In den kommenden Jahren sollen neun Ölfelder erschlossen werden.

Mit dieser dritten Ausschreibung sollen weitere flexible Maßnahmen ergriffen werden, um ausländische Ölgesellschaften zu ermutigen und ihr Investitionsrisiko zu verringern. (BRu, Nr.10, 8.3.88, S.32) -lou-

*(34)

Bundesrepublik fördert chinesisches Patentwesen

Die Bundesrepublik Deutschland und die Volksrepublik China haben im Februar 1988 eine Vereinbarung über die "Förderung des Patentwesens" abgeschlossen. Danach setzen die Regierung der Volksrepublik China und die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ihre Zusammenarbeit beim Aufbau des chinesischen Patentwesens mit dem Ziel fort, in der bis zum Jahresende 1988 geplanten Projektphase das chinesische Patentsystem in allen wesentlichen Elementen und Strukturen funktionsfähig aufzubauen. Wesentliche Leistungen der Bundesrepublik bestehen darin, Ausbildungsleistungen für chinesische Fachkräfte in der Bundesrepublik zur Verfügung zu stellen. Deutsche Experten werden in die Volksrepublik entsandt. Ferner sollen acht chinesische Fachkräfte zur Erhöhung der EDV-Betriebssicherheit und der EDV-Anwendungen ausgebildet werden.

Die Bundesrepublik Deutschland liefert dem chinesischen Patentamt (a) Hard- und Software-Ergänzungen zur Verarbeitung chinesischer Schriftzeichen, bestehend

aus Eingabegeräten für den On-line- bzw. Offline-Betrieb mit entsprechender Software und zentralen Ausgabegeräten bis zu einem Gesamtwert von etwa 1,77 Mio. DM. (b) Ergänzungsausrüstungen für den Ein- und Ausgabebereich der EDV, den Schnittstellenbereich EDV-Druckerei sowie Hochleistungskopierer, Rückvergrößerer und Zubehör bis zu einem Gesamtwert von etwa 325.000 DM.

Die Volksrepublik China stellt über das chinesische Patentamt geeignete Fachkräfte zur Teilnahme an den Ausbildungsmaßnahmen bereit. Mit der Durchführung ihrer Leistungen beauftragt die Bundesrepublik Deutschland die Deutsche Gesellschaft für technische Zusammenarbeit (GTZ) GmbH, 6236 Eschborn 1. Die Regierung der Volksrepublik China beauftragte mit der Durchführung des Vorhabens das chinesische Patentamt. -lou-

*(35)

Siemens errichtet Technologiezentrum in Beijing

Die Siemens AG (Berlin-München) hat ihre Zusammenarbeit mit der Volksrepublik weiter ausgebaut und wird in Beijing ein Technologiezentrum errichten. Vertreter von Siemens und der Beijinger Stadtregierung unterzeichneten am 13.2.1988 in der chinesischen Hauptstadt einen Vertrag über den Bau des Zentrums. In Bereichen der Elektrotechnik und Elektronik sollen jährlich etwa 500 bis 600 chinesische Techniker ausgebildet werden.

Das Abkommen erfolgte im Rahmen der 1985 zwischen Siemens und der chinesischen Regierung vereinbarten langfristigen und umfassenden Kooperation im Hochtechnologiebereich. Siemens wird in das Ausbildungszentrum 47 Mio. DM investieren und mehr als 50 chinesische Ingenieure bei Siemens in der Bundesrepublik zu Lehrkräften für das Zentrum heranzubilden.

Siemens-Vertreter äußerten sich in Beijing zuversichtlich, daß in Kürze zwei weitere Großprojekte zum Abschluß gebracht werden könnten. Es handelt sich dabei um die Lieferung von technologischem Know-how für die Produktion von integrierten Schaltkreisen für ein Werk in Wuxi (Provinz Jiangsu) sowie ein in Beijing geplantes Gemeinschaftsunternehmen zur Fer-

tigung digitaler öffentlicher Telefonvermittlungsanlagen. Beide aneinandergeschaltete Vorhaben gelten als Schlüsselprojekte und würden einen entscheidenden Einstieg von Siemens in den chinesischen Telekommunikationsmarkt bedeuten. (DPA, 13.2.88) -lou-

*(36)

AEG errichtet Ausbildungszentren

Am 1. Februar wurden in Beijing zwischen drei chinesischen Regierungsstellen und der deutschen AEG drei Abkommen über die Errichtung von Ausbildungszentren mit dem Ziel einer langfristigen Zusammenarbeit unterzeichnet. Bei den chinesischen Partnern handelte es sich um das Ministerium für Hüttenindustrie, das Ministerium für Kohleindustrie und die Nationale Gesellschaft für Buntmetallindustrie.

Die AEG wird die Ausbildungszentren ausstatten und dafür Sorge tragen, daß die künftigen (chinesischen) Lehrer in der Bundesrepublik ausgebildet werden (XNA, 1.2.88).

Zustande gekommen ist hier ein weiteres Projekt, wie es für die Zusammenarbeit mit China künftig typisch sein wird. Eine Firma, die auf dem chinesischen Markt langfristig Erfolge haben will, kann sich nicht einfach auf Käufe und Verkäufe im klassischen Sinne beschränken, sondern wird in aller Regel auch Ausbildungslasten tragen müssen. Zumindest in der deutschen Industrie hat sich diese "Weisheit" inzwischen herumgesprochen. Auf keinem anderen Bereich der Erziehung hat China größeren Nachholbedarf als bei der Berufsausbildung. -we-

Wirtschaft

*(37)

Großes Interview über die Wirtschaftsreformen

Die Nachrichtenagentur Xinhua brachte ein ausführliches Interview mit Song Tingming, einem Sprecher der Zentralen Kommission für die Umstrukturierung der Wirtschaft. Es folgt eine Wiedergabe des Interviews. Die Fragen sind mit F gekennzeichnet, die Antworten mit A.